Freie Demokraten im Hessischen Landtag

GESTIEGENE BELASTUNGEN FÜR SCHULEN UND LEHRKRÄFTE IN HESSEN

11.05.2017

FDP-INITIATIVE BEZÜGLICH GESTIEGENER BELASTUNGEN FÜR SCHULEN UND LEHRKRÄFTE IN HESSEN

- Landesregierung gefährdet mit permanenter Überlastung individuelle Förderung der Schüler
- Inklusion und andere Aufgaben nur erfüllbar, wenn entsprechende Ausstattung zur Verfügung gestellt wird
- FDP fordert mit Bildungsinitiative klare Schwerpunktsetzung auf Kindeswohl statt Durchsetzung von Inklusion mit der Brechstange

Anlässlich der gestiegenen Belastungen, die unter anderem auch durch die schwarz-grüne Bildungspolitik verursacht oder verstärkt wurden, fordert die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag eine Bildungsinitiative, um die belasteten Schulen und Lehrkräften zielgerichtet zu unterstützen. Hierzu erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang GREILICH: „Personalmangel, steigende Heterogenität in der Schülerschaft sowie Inklusion sind nicht nur in den hessischen Grundschulen aktuell die zentralen Themen, die zu einer permanenten Überlastung führen und kaum Raum für die notwendige individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler lassen. Es fehlt aktuell besonders sowohl an ausgebildeten Grund- als auch an Förderschullehrkräften. Zur Bewältigung der bestehenden Probleme reicht es jedoch nicht aus, bloß zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen, zumal diese heute nicht mit qualifizierten Lehrkräften besetzt werden können.

Die Realisierung von Inklusion ist nur möglich, wenn die Schulen – anders als jetzt – über eine entsprechende Ausstattung und ausreichend personelle Ressourcen verfügen. Wenn

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=7387

man sich nicht an der Zukunft unserer Kinder versündigen will, darf nicht an der Qualität der Bildung gespart werden. Aus unserer Sicht muss daher der Ressourcenvorbehalt auch weiterhin gelten. Da wir für eine Bildungspolitik einstehen, die sich klar am Kindeswohl orientiert, fordern wir, dass mindestens auf absehbare Zeit die Förderschulen erhalten bleiben, um eine bestmögliche Förderung eines jeden Kindes gewährleisten zu können. Kein Schüler darf unter halbherzig mit der Brechstange umgesetzter Inklusion leiden."

Weiter erklärte Greilich:

„Daran, dass die Realisierung von Inklusion, der Ausbau von Ganztagsangeboten, zusätzliche Sprachkurse und Integration wichtige gesellschaftliche Aufgaben sind, besteht überhaupt kein Zweifel. Diese Aufgaben können von den Schulen jedoch nur erfüllt werden, wenn eine entsprechende Ausstattung zur Verfügung gestellt wird. Denn insbesondere in den vergangenen drei Jahren hat die Belastung vor allem der Grundschullehrkräfte durch die wachsende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler zugenommen. Gründe hierfür sind neben der verstärkten Förderung der Inklusion auch der Pakt für den Nachmittag und die mit dem Flüchtlingsstrom verbundene Aufgabe, die Integration von Kindern mit Fluchterfahrungen und Migrationshintergrund zu bewältigen. Diese Situation ist durch die von der Landesregierung vorgenommene Stellenumsteuerung im Grundschulbereich vor zwei Jahren zusätzlich verschärft worden.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Konstellation benötigt Hessen aktuell eine Bildungsinitiative, die aus unserer Sicht folgende Maßnahmen umfassen sollte:

- Erhöhte Ressourcen und verstärkte Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen wie z.B. Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, Integrationshelfer, Therapeuten mit den Lehrerinnen und Lehrern;
- Keine Aushöhlung des Ressourcenvorbehalts und keine Reduzierung der Entscheidungsspielräume der Kommunen durch Neuregelung der Grundlagen für die Inklusion im Zusammenhang mit der Schulgesetznovelle, auch wenn in Einzelfällen dann eine inklusive Beschulung in der Regelschule derzeit noch nicht möglich ist;
- Umfassende neutrale wissenschaftliche Evaluation der Erfahrungen aus den Modellregionen Inklusion und entsprechende Vergleiche;

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=7387

- Ausbildung von Lehrkräften im Umgang mit Heterogenität und Überprüfung, ob bisherige Maßnahmen und Ressourcen, die gemäß des individuell festgestellten Förderbedarfes gewährt werden, ausreichen, um inklusive Beschulung im schulischen Alltag an der Regelschule zu realisieren;
- Besonderes (Weiterbildungs-)Programm mit speziellen Konzepten und Methoden vor allem für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer zur Bewältigung der Alphabetisierung von Seiteneinsteigern im Deutschunterricht;
- Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer von bürokratischen Lasten durch Reduzierung der aktuell übersteigerten Kontrollbedürfnisse des Kultusministeriums beziehungsweise Schaffung zusätzlicher Personalkapazitäten zur Bewältigung des bürokratischen Zusatzaufwands.“

Den Antrag der FDP-Fraktion zum Thema finden Sie hier.

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=7387